

Die „Kriegszeit“ erscheint täglich zweimal, Donnerstags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Spannen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei voller Zahlung im Voraus für Monat März 25.— M., im Voraus zahlen. Für Postbezugs nehmen sämtliche postfähigen Zeitungen entgegen. Längere Strecken bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn und Rumänien 30.— M., für das übrige Ausland 77.— M. Leipzig 58.— M., für das übrige Ausland 77.— M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 5/6

Die Jahrgangspostens Konparatabelle oder deren Raum kostet 10.— M. einschließlich Interzinsen. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Interzinsen. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Bezüge 4.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Bezüge in Wort-Anzeigen: das fertige Blatt Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# Sozialistische

## Berliner Organ

# der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Der Ertrag von Frankfurt

Von Hans Bloch

Genosse Friedrich Adler hat hier schon das Ergebnis der Münchener Konferenz in eine knappe treffende Formel gefaßt. Ganz recht führt er aus, daß bei dieser Tagung der Inhalt ihrer Beschlüsse an Bedeutung zurücksteht hinter der Tatsache, daß ein Zusammenarbeiten bisher getrennt marschierender Teile der west- und mitteleuropäischen Arbeiterschaft erreicht wurde. Die Art des Zusammenarbeitens, der durchaus genössliche Verkehr unter den Vertretern der internationalen Arbeitgemeinschaft und der jener der zweiten Internationale, der auf der Konferenz stattfand, verstärkt die Hoffnungen, die man für die Einigung der Arbeiterklasse auf Grund des Zusammenarbeitens der zwei großen Gruppen hegen darf. Die Kommunisten haben sich noch außerhalb des Rahmens dieser Zusammenarbeit gestellt. Dagegen hat es den Anschein, als ob sie geneigt sind, auf der allgemeinen Konferenz, die nun auch in Kürze stattfinden wird und für die die Frankfurter Tagung treffliche Vorarbeit geleistet hat, zu erscheinen. Wenn auch die offizielle Entschickung des Moskauer Exekutivkomitees noch nicht bekannt ist, so liegen doch schon Stimmen von Gewicht aus Rußland vor, die uns zeigen, daß eine starke, und wohl die bedeutendste Strömung im russischen Kommunismus, auf die Beschickung der allgemeinen Konferenz besteht. Es würde das ja auch durchaus in den Rahmen der neuerdings von der Sowjetmacht eingeschlagenen Politik fallen, gewissermaßen eine Parallele zur Beschickung der Wirtschaftskonferenz von Genua darzustellen. Es bleibt dann ein Widerspruch, daß die Kommunisten der in Frankfurt vertretenen fünf Länder sich von dieser Tagung fernhielten. Es sind besonders die französischen Kommunisten gewesen, die sich gegen das Zusammenarbeiten mit den französischen Sozialisten auf der Konferenz gesträubt haben, wie ein sehr offener Artikel Frossards in der Humanité zeigt, aus rein parteiegoistischen Gründen. Sie fürchteten, die Werkkraft ihrer jungen Partei zu schädigen, wenn sie nicht eine strenge Scheidelinie gegen den französischen Sozialismus markieren. Was um so verständlicher ist, als sie ja tatsächlich nichts anderes als sozialistische Politik treiben können und sich durch keinerlei eigene Note, abgesehen von einigen bolschewistischen Phrasen, von unseren französischen Genossen zu unterscheiden vermögen. Auf die Arbeiterklasse, die die Einigung zum mindesten die zur Einigung führende Zusammenarbeit dringend braucht und glühend wünscht, wird dieses Fernbleiben der Kommunisten von Frankfurt und insbesondere die Motivierung, die die französischen Kommunisten dafür gegeben haben, einen sehr unangenehmen Eindruck machen. Ob die Kommunisten ihn durch die Beteiligung an der allgemeinen Konferenz, die wahrscheinlich schon im März zu Berlin stattfinden wird, wieder wettmachen werden?

Die Beschlüsse der Konferenz sagen nichts wesentlich Neues. Sie sind zumeist eine Bestätigung dessen, was schon in Amsterdam von den politischen und gewerkschaftlichen internationalen Organisationen zur Reparationsfrage beschlossen wurde. Im großen und ganzen ist auch eine weitgehende Uebereinstimmung unter den vertretenen Parteien über das Reparationsproblem von vornherein zu konstatieren gewesen. Ein Widerspruch, der bis in die Plenar-sitzung aufrechterhalten wurde, betraf den Absatz c des Punktes 6, der die Zahlung von Pensionen an alle Kriegso-pfer in dem Maße des Möglichen zu internationalisieren, unter anderen Aufgaben einem internationalen Institut für Wiederaufbau und Kreditgewährung zuweist. Die Engländer und die Belgier stimmten gegen diesen Passus, die französischen Sozialisten, die U. S. P. Delegierten und Genosse Serrati als Vertreter der italienischen Partei für ihn, während sich die deutschen Rechtssozialisten der Stimme enthielten. Es besteht auch bei uns Zweifel darüber, ob ein solches internationales Institut für die Internationalisierung der Kriegspensionen in der kapitalistischen Welt möglich sein würde, ob man es daher als praktische Forderung an die kapitalistischen Regierungen aufstellen kann. Aber da die französischen Genossen auf diesen Punkt besonderen Wert legten, so hat sich die U. S. P. entschlossen, diese Bedenken zurückzustellen. Daß der Gegenstand, der hier zum Ausdruck kam, keine tiefere Bedeutung hat, zeigt sich darin, daß die Gesamtschlüsse, in der dieser Passus also stehen blieb, dann mit völliger Einstimmigkeit angenommen wurde. Einen kleinen Zwischenfall gab es, als in der Nachmittags-sitzung des Montags die U. S. P. Delegation nach der zweiten Rede Levis erklärte, daß sie die darin vorgetragenen Gedanken grundsätzlich für richtig halte, daß sie aber ihre Erörterung erst in der allgemeinen Konferenz für nützlich halten könnte, da es sich hier nur darum handle, praktische Forderungen auszuarbeiten, die eine Art Zwischenlösung des Reparationsproblems bezwecken und die als Programm der Sozialisten der Konferenz in Genua zu unterbreiten seien, nicht aber das Reparationsproblem grundsätzlich zu betrachten und zu lösen. Levi hatte die Gesamtschuld der Kapitalisten aller Länder am Weltkrieg betont und bemängelt, daß in dem französischen Memorandum und in der Resolution die Schuld Deutschlands als Begründung für seine Reparationsverpflichtung zu sehr — wie er meinte, noch unter dem Einfluß der Kriegsideologie — hervor-

### Für die ungarischen Flüchtlinge und Eingekerkerten!

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs bittet um Verbreitung folgenden Aufrufs. Wir kommen dieser Bitte gerne nach. Die Spenden wollen unmittelbar an die Hilfsaktion für ungarische politische Flüchtlinge, Eingekerkerte und Internierte, Wien V, Rechte Wienzeile 97, geleistet werden.

#### Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder! Genossen und Genossinnen!

Die Hilfsaktion für ungarische politische Flüchtlinge, Eingekerkerte und Internierte, die in Wien ihren Sitz hat und seit dem Ausbruch der Konterrevolution in Ungarn unablässig bemüht ist, die Not der um ihrer sozialistischen Ueberzeugung willen Verfolgten und Mißhandelten zu lindern, wobei sie wiederholt von den Arbeiterorganisationen anderer Länder in hochherziger Weise unterstützt wurde, wendet sich neuerlich an euch, Arbeiter und Arbeiterinnen, um die dringende Bitte auf's eindringlichste zu bekräftigen, die kürzlich der Hilfsverband der ungarischen Eingekerkerten und Internierten in einem Aufruf an euch gerichtet hat.

Noch immer wütet der Weiße Schrecken ungeschwächt in Ungarn, noch immer schmachten Tausende und aber Tausende unglücklicher Männer, Frauen und Kinder in den ungarischen Kerzern und Interniertenlagern, und ein großer Teil von ihnen stirbt dahin durch Hunger, Kälte und grausame Mißhandlungen. Ein anderer Teil, der sich durch Flucht zu retten vermochte, kämpft den schwersten Kampf um die Erhaltung seines nackten Lebens in der Fremde.

Dem Einfluß der Arbeiterschaft in Oesterreich ist es bisher gelungen, das Mißrecht der politisch Verfolgten gegen jeden Angriff und jeden Beschränkungsversuch durch die bürgerlichen Parteien zu schützen, so daß Proletarier, denen es gelungen ist, den ungarischen Kerzern zu entkommen, auf dem Boden unseres Landes unangefochten leben können.

Wenn wir aber auch unsere verfolgten Brüder und Schwestern, sobald sie den Boden Oesterreichs betreten, in ihrer persönlichen Freiheit zu schützen wissen, so vermögen wir ihnen doch nur im allerzärtlichsten Maße die Mittel und Bedingungen materieller Existenz zu verschaffen.

Leider gewähren aber andere Länder, in denen gleichfalls das Proletariat zu einem beträchtlichen Maße von Macht und Ansehen gelangt ist, trotzdem den Opfern der ungarischen Konterrevolution keine Zufluchtsstätte so daß unser verelendetes Land allein als Aufenthaltsort für sie in Betracht kommt.

Wir rufen darum die Genossen aller Länder auf, ihren Einfluß geltend zu machen, damit die Staaten, in denen sie leben, den politisch Verfolgten die Grenzen öffnen mögen, wie es das Gebot einfachster Menschlichkeit erheißt.

Wir wenden uns ferner an die Regierungen ihrer Staaten in dem Sinne einzuwirken, daß sie von der ungarischen Regierung fordern mögen, die Scheinamnestie, die sie bisher erlassen hat, einzig zu dem Zwecke, um Europa Sand in die Augen zu streuen und es

dadurch blind zu machen für die Grenzen, die sich in Ungarn abspielen, durch eine wirkliche Amnestie aller politisch Verfolgten zu erlösen.

Schließlich aber vereinigen wir unsere dringende Bitte mit der des Hilfsverbandes der ungarischen Eingekerkerten und Internierten, um euch, Arbeiter und Arbeiterinnen, zu bewegen, sowohl als einzelne als auch durch eure Organisation helfend, lindernd und trostbringend einzugreifen.

Spendet an Geld, Kleider und Wäsche, um die in den ungarischen Kerzern Verschmachtenden zu sättigen, zu wärmen und ihnen das erlösende Gefühl zu geben, daß sie in ihrem Jammer nicht ganz und gar verlassen sind, daß es vielmehr in allen Ländern Proletarier, mitfühlende Brüder und Schwestern gibt, die zu Opfern bereit sind, um ihnen zu helfen. Und gewährt eure Hilfe schnell und ausgiebig, ehe der Tod der armen Märtyrer sie überflüssig macht.

Unsere Hilfsaktion umfaßt Vertreter aller proletarischen Parteien Oesterreichs und Ungarns.

Für die Hilfsaktion für ungarische politische Flüchtlinge, Eingekerkerte und Internierte

Wien V, Rechte Wienzeile 97:

Therese Schlessinger, Mitglied des österr. Parlaments, Vorsitzende, Anton Jenschik, Kassierer.

### Großer Sozialistenprozeß in Moskau

DE. Moskau, 2. März.

Die politische Abteilung des Volkskommissariats für Inneres (die frühere Tscheka) teilt mit, die in diesen Tagen unter dem Titel „Kriminalische Kampfarbeit der Partei der Sozialrevolutionäre in den Jahren 1917/18“ im Auslande erschienenen Broschüre Semjonows (Wassiljews), des früheren Leiters der Terrorgruppen der Partei der russischen Sozialrevolutionäre, bezeuge, daß diese Partei eine Reihe von Attentaten auf die bedeutendsten Sowjetführer, insbesondere Lenin, Trozki, Sinowjew, Molodarski, Utrizky sowie eine Reihe von Expropriationen ausgeführt habe. Die Aussagen der Sozialrevolutionärin Lydia Konoplewa er-härteten die Angaben der Broschüre. Angesichts dessen sei das Zentralkomitee der Partei der Sozialrevolutionäre und eine Reihe ihrer Mitglieder dem Obersten Revolutionären Tribunal überwiesen worden. (Zum d. Red.: Die im Auslande weilenden Mitglieder des Zentralkomitees der Russischen Sozialrevolutionären Partei haben diese Behauptungen Semjonows entschieden bestritten und ihn als einen Abenteuerer bezeichnet. Die jetzt dem Gericht übergebenen sozialrevolutionären Führer befinden sich zum großen Teil seit Jahren im Moskauer Butyrki-Gefängnis, ohne daß Anklagen gegen sie erhoben worden wäre.)

gehoben werde. Die französischen Genossen glaubten, einen Vorbehalt in der Anerkennung der Reparationsverpflichtung herauszuföhren und waren deshalb von der Erklärung unserer Delegation, daß sie sich grundsätzlich Levi anschließen, betroffen. Nachdem ihnen indes der Wortlaut der zweiten Levischen Rede und der darauf folgenden Erklärung des Genossen Dikmann genau überleßt worden war, und nachdem ihnen weiter vom Genossen Ledebour erklärt worden war, daß die Betonung der allgemeinen Schuld der Kapitalisten aller Länder am Weltkrieg die Anerkennung einer besonderen Schuld des kaiserlichen Deutschlands am Ausbruch des Krieges nicht ausschließt, und daß die U. S. P. nicht daran denkt, die Verpflichtung Deutschlands zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete irgendwie zu bestreiten oder zu beschränken, war das Mißverständnis aufgehellt und die Einigkeit wieder hergestellt.

Dieser Zwischenfall spielte sich innerhalb der Parteien der Internationalen Arbeitgemeinschaft ab. Bei der Abrüstungsresolution gab es einen Gegensatz unter den Parteien der zweiten Internationale. Die englischen Genossen von der Labour Party, Ben Tillet und Tom Shaw, wandten sich in sehr scharfer Weise gegen die Haltung der belgischen Genossen, die den französisch-belgischen Garantievertrag und ebenso das werdende belgisch-englische Garantieabkommen in der Kammer und vor dem Lande vertreten. Die Engländer forderten absoluten Verzicht auf alle Sonderbündnispolitik, die nur neue Gefahren heraufbeschwören könne und wollten den Abschluß der Resolution, der die Bündnisse verwirft, erheblich scharfer gefaßt wissen. Die belgischen Genossen Hunsmans und Vandervelde gaben sich alle Mühe, ihre Stellung zu rechtfertigen und die Engländer davon zu überzeugen, daß Belgien nach den Erfahrungen von 1914 auf diese Sicherungen vorerst nicht verzichten könne, so sehr sie (die belgischen Genossen) grundsätzlich den Standpunkt der Engländer teilten und den baldigen Fortfall aller Sonderbündnisse wünschten. Für die U.S.P. gab Genosse Ledebour die Erklärung ab, daß sie den Standpunkt der englischen Genossen für den richtigen halte, aber davon absehen müsse, für den englischen Abänderungsantrag zu stimmen, da sie

die Stellung der belgischen Genossen nach dem deutschen Neutralitätsbruch von 1914 zu verstehen vermöge und darauf Rücksicht zu nehmen habe. Die englische Delegation zog dann schließlich ihren Abänderungsantrag zurück, nachdem sie betont hatte, daß sie ihn innerlich aufrechterhalten müsse. So konnte dann die zweite Resolution ebenfalls einstimmig angenommen werden.

Durch diese beiden Resolutionen ist für die gemeinsame Aktion der proletarischen Parteien Wests- und Mitteleuropas bzw. der fünf beteiligten Länder Belgien, Deutschland, England, Frankreich, Italien eine feste Richtschnur gegeben worden. Die deutschen Sozialisten beider Richtungen verpflichten sich, die Politik der Erfüllung, der Wiedergutmachung bis an die Grenze der Möglichkeit fortzusetzen und die Sozialisten der vier Siegerländer haben sich demgegenüber verpflichtet, für die Beschränkung der deutschen Reparationspflicht auf den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und für die Zurückziehung der alliierten Truppen aus dem besetzten Gebiet zu kämpfen. Das ist ein wertvolles Resultat. Und wenn auch dieser Kampf unserer ausländischen Genossen nicht gleich praktische Ergebnisse haben wird, weil die Machtverhältnisse in ihren Ländern dem noch entgegenstehen, so werden die Beschlüsse von Frankfurt doch einen unmittelbaren Einfluß auf die Entschlüsse der alliierten Regierungen nicht verfehlen und diese Beschlüsse werden schließlich zur Verchiebung der Machtverhältnisse in den vier Siegerstaaten zugunsten des Proletariats und zugunsten eines wirklichen Friedens das Ihrige beitragen.

Das andere wesentliche Ergebnis der Münchener Konferenz ist die Vorbereitung der allgemeinen Konferenz. Wir haben die Erwartungen für Frankfurt von vornherein nicht zu hoch gespannt und wir werden uns noch mehr vor überschüssigen Hoffnungen auf die kommende allgemeine Konferenz hüten. Die Gegensätze zwischen der zweiten und der dritten Internationale sind noch so stark, daß nicht abzusehen ist, ob sich eine Grundlage für das Zusammenarbeiten auch nur in begrenzten praktischen Fragen finden lassen wird. Die Parteien der zweiten Internationale wollen an-

Scheinend darauf bestehen, von den kommunistischen Parteien Erklärungen über ihre Stellung zu den elementaren Staatsbürger- und Arbeiterrechten, zur Frage der politischen Gefangenen und zum Selbstbestimmungsrecht der Völker zu fordern. Die schändliche Vergewaltigung Georgiens durch die Sowjetmacht liegt wie ein Stein auf dem Wege zur Zusammenarbeit. Die Parteien der Internationalen Arbeitsgemeinschaft verurteilen den russischen Terror und den russischen Imperialismus nicht minder scharf als den der zweiten Internationale. Aber sie glauben, daß man, um das internationale Zusammenwirken des gesamten Proletariats zu erzielen, die berechtigten Forderungen an die Kommunisten zunächst zurückstellen muß, und sie verhehlen sich nicht, daß die Kommunisten einigen Parteien der zweiten Internationale auch allerhand Vorbestimmungen wegen ihrer praktischen Haltung zum Selbstbestimmungsrecht der Völker machen könnten. Wir erinnern nur an die Tatsache, daß die bolschewistischen Sozialisten den Versailler Vertrag akzeptiert und kein Wort des Protestes gegen die schändliche Abstimmungsformidie in Malmedy-Schleiden gefunden haben, daß die tschechischen Mehrheitssozialisten mit der Vergewaltigung dreier Millionen Deutscher grundsätzlich einverstanden waren und wohl noch sind usw. Man wird also nicht zum Ziel kommen können, wenn man diese Dinge auf der allgemeinen Konferenz zur Sprache bringen würde. Daß aber eine gemeinsame Kundgebung der Proletarier aller Länder vor der Konferenz von Genua, ihre Vereinigung auf bestimmte praktische Forderungen für den Wiederaufbau Europas von großer moralischer und politischer Bedeutung wäre, das liegt auf der Hand. Dabei bleibt immer noch fraglich, ob die Kommunisten eine solche Zusammenarbeit überhaupt ermöglichen werden, aber jedenfalls sollten die sozialistischen Parteien nicht den Kommunisten die Gelegenheit geben, sich von der klaren Stellung zu diesen praktischen Fragen unter dem Vorwand, daß man ihnen unerfüllbare Vorbedingungen gestellt habe, drücken zu können.

Die Konferenz in Frankfurt hat gezeigt, daß ein Zusammenarbeiten zwischen den in verschiedenen Lagern der Internationalen stehenden Parteien möglich ist, daß die Meinungsverschiedenheiten über bestimmte Fragen sich nicht nach der Gruppierung der Parteien in den verschiedenen internationalen Organisationen richten, sondern daß sie vielmehr zwischen den Parteien der gleichen internationalen Organisation auftreten. Dieser Umstand stärkt die Hoffnung, die wir aus dem Zusammenwirken auf dieser Tagung in der Mainstadt ziehen dürfen. Der Tag der einen großen Internationalen mag noch fern sein, aber die Zeichen seines Kommens sind schon unverkennbar. In absehbarer Zeit werden die Arbeiterklassen aller Länder wieder in einem Lager stehen und in einer Kampffront den Streit für die sozialistische Gesellschaft aufnehmen.

## Die Frankfurter Konferenz

Nichts ist so bezeichnend für den geistigen und politischen Tiefstand der deutschen bürgerlichen Presse als die Tatsache, daß die führenden Blätter mit keinem Worte auf die Ergebnisse der Frankfurter Konferenz der sozialistischen Parteien eingegangen sind. Nur die „Frankfurter Zeitung“ findet Worte der Anerkennung und eingehenden Würdigung. Nach Wiedergabe der Beschlüsse in der Reparationsfrage schreibt sie:

„Die Vertreter des Sozialismus, die diese Forderungen auf der Frankfurter Konferenz aufstellten, haben damit der gesunden Vernunft das Wort gesprochen. Man wird sich nun freilich nicht der Illusion hingeben, daß sich das Vernünftige ohne weiteres durchsetzen werde, oder es wäre ebenso verkehrt, die Wirkung des sozialistischen Manifestes gering zu schätzen. Leider haben die französischen Sozialisten nicht den Einfluß, der zu wünschen wäre, aber anders liegen die Dinge in England, Belgien und Italien. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die bolschewistischen Sozialisten in einiger Zeit wieder in die Regierung eintreten; um so bemerkenswerter ist die verständliche Haltung, die sie einnehmen. In England wird die Arbeiterpartei aus den nächsten Wahlen sicherlich verstärkt hervorgehen, in Italien kooperiert der rechte Flügel des Sozialismus in diesen internationalen Fragen durchaus mit dem linken, so daß die beiden zusammen eine beträchtliche Macht darstellen. All dies wird nicht ohne Einfluß auf die Abjüng der Reparationsfrage sein. Man darf also den Befehl der Münchener Konferenz nicht als eine bloße Demonstration ansehen. Er hat Richtlinien aufgestellt, die ihre Wirkung haben werden, zumal da sich die Überzeugung verbreitern wird, daß nur auf einem solchen Wege die Befriedung der Welt erfolgen kann.“

Die Wirkung der Frankfurter Richtlinien wird natürlich nicht automatisch eintreten, sondern nur dann und nur in dem Maße, wie die sozialistischen Parteien in jedem einzelnen Lande für ihre Verwirklichung kämpfen werden. Die Vernunft und die historisch-ökonomische Einsicht spricht für uns — das müssen nur auch die klügeren Wortführer des kapitalistischen Bürgerlums eingestehen. Sorgen wir also dafür, daß zu der Einsicht auch der Wille der Massen hinzukommt, ihre Macht nach außen hin zur Geltung zu bringen.

## Ein Täuschungsmanöver

Die allgemeine Empörung über die Kartoffeln und den Kartoffelmangel veranlaßt eine „maßgebende landwirtschaftliche Seite“ (wahrscheinlich die Zeitung des Reichs-Landbundes. Die Red.) zu einer kurzen Darlegung in der „Deutschen Tageszeitung“, dem Hauptorgan der Agrarier. Dabei macht die „maßgebende landwirtschaftliche Seite“ den alten, aber nicht überzeugenden Versuch, die Kartoffeln in den wichtigsten Bedarfszentren auf die mangelhafte Wagenstellung im Herbst letzten Jahres zurückzuführen. Zu den Preissteigerungen der letzten Wochen liege aber keine Berechtigung vor. Die Landwirte seien auch unschuldig daran, die Schuld treffe nur diejenigen, die übertriebene Preisangebote machen.

Da schlage einer lang hin! Sind nicht vielmehr die übertriebenen Preisangebote eine Folge des Zurückhaltens der Kartoffeln durch die Landwirte. Oder will vielleicht die „maßgebende landwirtschaftliche Seite“ glauben machen, daß die Kartoffelkäufer ganz ohne Not und Zwang den Landwirten immer höhere Preise bieten! Wenn die Kartoffelproduzenten den hohen Preisangeboten entgegenzutreten wollen, brauchen sie die Kartoffeln nur zu einem niedrigen Preis abzulassen. Aber hier liegt der Hund begraben. Die Landwirte sind nicht zu bewegen, zu den beherrschenden Höchstpreisen Kartoffeln abzugeben, und deshalb machen die Händler höhere Preisangebote. Und die „maßgebende landwirtschaftliche Seite“ hat hiergegen absolut nichts einzuwenden, denn — und darauf kommt es den Agrariern an — in der Zukunft wird angeblich im Interesse der Verbraucher gefordert, daß das „Verfahren der Angemessenheitspreise“ nicht mehr beibehalten wird. Würde diesem Verlangen stattgegeben werden, würden die Kartoffeln gar bald 5 Mark pro Pfund kosten.

## Die U-Boot-Helden — im Luftschacht

Vor einigen Tagen wurde in Berliner Blättern die Meldung der „Swinemünder Volkswacht“ wiedergegeben, daß sich die beiden U-Boot-Offiziere Boldt und Dithmar in Swinemünde aufgehalten hätten und dann mit dem Dampfer „Rosandra“ nach Schweden weitergereist wären. Die Meldung wurde sofort von der Regierung dementiert und als die Wiedergabe eines „völlig grundlosen Gerüchtes“ bezeichnet.

Die „Swinemünder Volkswacht“ gibt sich mit diesem Dementi nicht zufrieden und bringt weitere Einzelheiten über diesen Vorgang. Es wird von ihr klipp und klar der Nachweis geführt, daß die beiden U-Boot-Offiziere tatsächlich in Swinemünde waren und daß die Behörden, insbesondere der Landrat, von ihrem Aufenthalt auf dem Schiff „Rosandra“ unterrichtet waren. Gerade deshalb wurde auch die Presse durch den Landrat ersucht, über den Vorgang einstweilen zu schweigen, weil sonst eine Verhaftung durchkreuzt werden könnte.

Tatsächlich sind aber Boldt und Dithmar, obwohl die Presse schwieg, von interessierter Seite gewarnt worden. Als die Polizei dann das Schiff durchsuchte, waren Boldt und Dithmar nicht mehr aufzufinden. Sie hatten sich nämlich, wie wir aus Grund eigener Informationen mitteilen können, in die Luftschächte des Schiffes vertrieben und drehten dann der Polizei eine lange Nase, als diese das Schiff unerrichteter Dinge wieder verlassen mußte.

Es bleibt also nur eine Erklärung übrig: Entweder hat die Regierung die Öffentlichkeit angelogen oder die Regierung wurde durch die Swinemünder Behörden irreführt. Auf jeden Fall kann die Anwesenheit von Boldt und Dithmar in Swinemünde nicht mehr abgeleugnet werden und die Regierung wird zu untersuchen haben, welche Stellen die Verantwortung für das Entweichen der beiden Flüchtlinge trifft.

## Wirtschaftsrat und Zwangsanleihe

Der Reichsfinanzminister hat, wie die B. P. N. hören, den finanzpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats um ein Gutachten über die im Steuerkompromiß vom 25. Januar 1922 vorgesehene Zwangsanleihe erlucht. Die Fragen, mit denen sich der Ausschuss hauptsächlich zu beschäftigen haben wird, betreffen erstens die Einschätzungsgrundlage, zweitens den Erhebungssatz, drittens Termin und Form der Einzahlungen, viertens Zinsfuß und Ausgabekurs, fünftens Amortisation und sechstens Lombardfähigkeit. Die Behandlung dieser Fragen wurde bereits dem seinerzeit zur Beratung der Besteuerungsgehalte eingesetzten Arbeitsausschuss überwiesen. Der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats wird sich jedoch nicht nur mit der praktischen Durchführung, sondern darüber hinaus mit den volkswirtschaftlichen und politischen Folgen der Aufnahme einer Zwangsanleihe beschäftigen. Mit der Vorbereitung eines solchen allgemeinen Gutachtens wurden in der letzten Sitzung des Ausschusses am 2. März die Mitglieder Dr. Hilferding und v. Mendelssohn betraut.

Die Vorbereitung zu einem Gutachten über Finanzfragen im Hinblick auf die Konferenz in Genua wurde den Mitgliedern Georg Bernhard und Staatssekretär z. D. Dr. Busch übertragen.

## Neue Zeugenvernehmungen im Untersuchungsverfahren gegen Hermes

Der „Vorwärts“ veröffentlichte am 26. Februar eine Zuschrift, aus der hervorging, daß die vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss gegen den Minister Hermes kürzlich gemachten Zeugenaussagen des Regierungsrats Junke und des Geheimrats Augustin in Widerspruch stehen mit den von dem beauftragten vereidigten Böhmerrevisor Fromman über seine Revision erstatteten Bericht. Geführt auf diese Mitteilungen hat jetzt Gen. Dr. Herx an den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses den Antrag gerichtet, beide Zeugen noch einmal und zwar jetzt unter Eid zu vernehmen und als weitere Zeugen Dr. Lavalle, Dr. Bitton, Böhmerrevisor Fromman und Dekonomierat Maus.

Es ist anzunehmen, daß eine Sitzung des Untersuchungsausschusses bald zu diesem Antrage Stellung nehmen wird.

## Deutschnationale Verleumdungen

In der Donnerstag-Verhandlung des Prozesses Bauer-Wissel-Hoch gegen die „Deutsche Zeitung“, über den wir bereits berichtet, wurde die Beweisaufnahme fortgesetzt. Reichstagsabg. Otto Weis, Vorsitzender der S. P. D., lehnt es entschieden ab, daß der Abschluß des Rahmvertrages in irgendeinem Zusammenhang, weder direkt, noch indirekt, mit der S. P. D. oder mit den drei Nebenklägern stehe. Zeuge Georg Ellatz weiß, wie er bekundete, von der ganzen Geschichte nichts. Zeuge Dr. Weinlis, Generaldirektor der „Deutschen Werte“ bekundet, der Vertrag sei abgeschlossen worden, ohne daß einer der drei Herren etwas davon gemutet habe. Es bestehe keinerlei Zusammenhang zwischen der Sozialdemokratie und dem Rahmvertrag. — Zeuge Kahn, jetzt 31 Jahre alt, hat, wie zur Sprache kam, sich schon im Alter von 21 Jahren als Großhändler betätigt. Er stehe mit der Sozialdemokratie in keinerlei Verbindung. Den Zeugen Ellatz habe er früher nie gesehen.

Eine interessante Diskussion gab es über den Antrag des Verteidigers des Angeklagten, den Nebenkläger Bauer zu befragen, ob er und Koelle im Januar 1918 den Streik propagiert hätten. Der Verteidiger bezog sich für keinen Antrag auf Aussagen des ehemaligen Sozialdemokraten Kloth. Der Nebenkläger Bauer bemerkte hierzu, daß er wie die anderen Gemeindeführer gegen den Streik gewiesen seien und daß sie sich nur deshalb an seine Spitze gestellt hätten, um ihn schnell zu Ende zu bringen. Ein nochmaliger Vergleichsvorschlag wurde von beiden Parteien abgelehnt.

In seinem Plädoyer führte Staatsanwaltschaftsrat Detrich aus, daß durch die Beweisaufnahme auch nicht das geringste für die Behauptungen des Artikels ersichtlich sei. Nicht ein Punkt davon sei übriggeblieben. Beim Strafmaß sei zu berücksichtigen, daß der Angeklagte noch nicht bestraft ist und daß er den Artikel von keinem Verleger unter Hinweis auf die Unverfänglichkeit des Herrn Wolff Zimmermann in die Hand gedrückt erhalten habe. Er sei auch nicht der Verfasser des Artikels. Deshalb komme eine Gefängnisstrafe nicht in Frage, aber bei der Schwere der Verleumdungen dürfe die Geldstrafe nicht zu gering sein; er beantrage 1500 M. Geldstrafe gegen den Angeklagten v. Schilling, gegen Max Baedler Einstellung des Verfahrens, Ferner wären den Nebenklägern Publikationsbefugnis des Urteils zuzubilligen.

Der Rechtsbeistand der Nebenkläger, Dr. Juliusberger, verlangte wegen der Schwere der Verleumdung Gefängnisstrafe. Auch der Nebenkläger Bismarcker Bauer erklärte, daß die Verleumdung nicht durch eine Geldstrafe gesühnt werden könne.

Nach längerer Beratung verurteilte die Strafkammer den Schriftleiter der „Deutschen Zeitung“, v. Schilling wegen Verleumdung der drei Nebenkläger: Bismarcker Bauer, Reichsminister a. D. Wissel und Reichstagsabg. Hoch nach § 186 zu 20000 Mark Geldstrafe; im Nichterleidungsfall treten an deren Stelle zwei Monate Gefängnis. Den Nebenklägern wird die Befugnis der Veröffentlichung des Urteils in „Deutsche Ztg.“, „Deutsche Tagesztg.“, „Berl. Tageblatt“,

„Tägl. Nach.“ und „Vorwärts“ zugestimmt. — Das Verfahren gegen Max Baedler wird eingestellt.

Die Urteilsbegründung hebt hervor, daß die Verleumdungen sehr schwer waren, und die Nebenkläger als im öffentlichen Leben stehende Persönlichkeiten als ihr besonderes Recht zu verlangen haben, daß ihre Ehre respektiert wird. Die höchste Geldstrafe von 15000 Mark erschien nicht als ausreichend. Das Gericht hat die Strafe auf zwei Monate angelegt und diese Strafe auf Grund des Gesetzes vom 21. Dezember 1921 auf 20000 Mark umgewandelt.

## Um die Umsatzsteuer

Der 11. Ausschuss des Reichstags setzte seine Beratungen über die Umsatzsteuer in zweiter Lesung am Donnerstag fort. Besonders interessant war die Debatte über die Umsatzeinkommensteuer der Genossenschaften. Bekanntlich war in erster Lesung ein gemeinsamer Antrag der Rechtssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten zur Annahme gelangt, nach dem die Produktivgenossenschaften, sowie die Konsumgenossenschaften und Baugenossenschaften von der Umsatzsteuer befreit werden sollten. Nach der ersten Lesung setzte bekanntlich eine unveränderte Forderung die Genossenschaften ein. In dem Steuerkompromiß ließen sich die Rechtssozialisten dazu bereitwilligen, auch die Genossenschaften mit 2 Prozent Umsatzsteuer zu belegen. Unterdessen kam ein Antrag, der von den Deutschnationalen und auch vom Abg. Herold (Ztr.) und dem Abg. Gerauer (S. P. D.) unterzeichnet ist, der nur die landwirtschaftlichen Genossenschaften von der Steuer ausgenommen wissen wollte. Dieser Antrag veranlaßte den Rechtssozialisten Rahmann zu der Erklärung, daß seine Partei das Steuerkompromiß von den anderen Parteien als gebrochen betrachte und daß er nach Rücksprache mit seiner Fraktion sich weitere Schritte vorbehalten. Zentrumssabg. Herold antwortete darauf, daß ihm eine böse Absicht fernzulegen habe, er ziehe seine Namensunterschrift unter dem Antrag zurück. Auch Abg. Gerauer tat ein Gleiches. Abg. Hammer (Dtn.) legte sich warm für die Handwerksgenossenschaften ins Mittel und trat heftig gegen gewissenlose Agitatoren der Deutschen Volkspartei auf. Interessant war die Feststellung, daß in der ersten Lesung der Antrag der sozialistischen Parteien nahezu geschlossen angenommen wurde und nur ein Mitglied der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei sich der Stimme enthalten hatten. Auch die Demokraten seien nicht dagegen gewesen. Abg. Scholz (D. Sp.) erklärte, daß seine Partei wohl das Steuerkompromiß mitgeschaffen habe, nach den bekannten Vorkäufen (Ernennung Rathenaus, D. Red.), aber demselben kühl bis ans Herz hinan gegenüberstehe. Der Demokrat Fischer setzte sich für die restlose Annahme des Steuerkompromisses ein. Genosse Soldmann kritisierte scharf die bekannten Vorkäufe seit der ersten Lesung und bedauerte lebhaft, daß die Rechtssozialisten ihren ursprünglichen Kampfstandpunkt im Steuerkompromiß preisgegeben haben. Der wüsten Agitation im Lande würde die Unabhängige Partei mit einer tatsächlichen Darstellung über die Doppelbelastung der Arbeiterschaft entgegenwirken. — Die Abstimmung wurde auf Freitag früh vertagt.

## Ständige Kontrolle der deutschen Wehrmacht?

Paris, 2. März.

Die Vorkaufkonferenz beschäftigte sich gestern vormittag mit der Frage der Aufrechterhaltung einer ständigen Kontrolle der deutschen Wehrmacht. Der englische Vorkäufer Lord Hardinge brachte ein neues Schriftstück des Foreign Office (englisches Auswärtiges Amt) zur Beratung, in dem dieses an der Zurückweisung der von Frankreich vorgebrachten Gründe festhält.

„Echo de Paris“ wirft zunächst die Frage auf, ob England sich mit der Einrichtung einer ständigen Kontrolle der deutschen Luftfahrwesen unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, daß die drei im Ruhegebiet besetzten Orte von den alliierten Truppen geräumt würden. Frankreich hatte daran fest, diese Räumungsfrage mit der Einrichtung einer Luftfahrkontrolle nicht verbinden zu lassen. Das Blatt fragt ferner, ob England damit einverstanden sei, daß nach Auflösung der militärischen Entwaffnungskommissionen der Stand der deutschen Streitkräfte unter der direkten Überwachung der Alliierten verbleibe und nicht einer Beaufsichtigung durch die im Versailler Vertrage vorgesehenen vom Völkerbunde zu entsendenden Untersuchungskommissionen unterworfen werde.

## Regierungskrise in Polen

Warschau, 2. März.

Der polnische Minister des Äußeren Stirmunt hat in der Sitzung des parlamentarischen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten ganz unerwartet einen Antrag auf ein ausdrückliches Vertrauensvotum für seine Außenpolitik gestellt. Er will seine Reise nach Paris und London erst antreten, wenn ihm das Vertrauen ausgesprochen ist. Am Donnerstag findet eine neue Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten statt, in der die Vertrauensfrage erörtert werden soll. Die innerpolitische Lage ist derart verwickelt, daß man nicht übersehen kann, ob das Verlangen des Außenministers nicht den Rücktritt des ganzen Kabinetts zur Folge haben wird. Die Nationaldemokraten verlangen eine endgültige Entscheidung, die, ihren Wünschen entsprechend, gegen das Kabinett ausfallen soll, obwohl sie sich nicht verhehlen, daß die augenblickliche Lage für einen Ministerwechsel sehr wenig günstig ist. Jedenfalls gilt die Stellung des Kabinetts Bonikowski als ziemlich erschütterter, zumal da gegen den Minister des Innern Downowicz, wie auch gegen den Vorsitzenden des Hauptlandesamtes Dr. Ziernik erhebliche Anklagen vorgebracht werden. Der Sejm-Präsident hat in einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Bonikowski den Rücktritt der beiden Genannten ausdrücklich verlangt.

## Grupens Ende

Sitzberg, 2. März.

Der wegen des Kleppelborfer Doppelmordes zweimal zum Tode verurteilte Architekt Peter Grupen hat in seiner Zelle Selbstmord verübt. Gegen 5 Uhr nachmittags wurde er von einem revidierenden Beamten an einem Holenträger hängend in seiner Zelle tot aufgefunden. Grupen war seit seiner Flucht in der vergangenen Woche in Einzelhaft.

Peter Grupen hat vor seinem Selbstmorde keinerlei Anzeichen von Erregung gezeigt und heute sein Mittagessen in voller Ruhe verzehrt. Gegen vier Uhr nachmittags wurde seine Zelle revidiert und alles in Ordnung gefunden. Als um 3/5 Uhr eine weitere Revision stattfand, fand man Grupen an einem Holenträger an der Fensterröhre erhängt vor. Es wurden sofort Wiederbelebungsversuche unternommen, sie blieben jedoch erfolglos. Grupen hat schriftliche Aufzeichnungen nicht hinterlassen, auch zu niemanden eine Äußerung getan, die auf sein Verhängnis schließen ließ.

Präsident Ebe eröffnet die Sitzung 2 Uhr 15 Minuten. — Nach Erledigung kleiner geschäftlicher Angelegenheiten wird die Beratung des Reichshaushalts fortgesetzt.

Haushalt des Reichsfinanzministeriums.

Abg. Stücken (S. P. D.): Das Reich muß gewiß sparsam mit seinen Mitteln umgehen. Der Beamtenapparat im jetzigen kleineren Deutschland ist größer als im früheren großen. Aber das ist nicht auf einen Überbureaucratismus, sondern darauf zurückzuführen, daß Deutschland durch den Friedensvertrag eine große Reihe neuer schwerer Aufgaben zu erfüllen hat. Aber es kann auch manches in der Verwaltung vereinfacht werden. Wenn wir jedoch die Regierung nicht zwingen, uns einen Entwurf zur Reform der Verwaltung vorzulegen, werden wir wohl nie eine Verwaltungsreform bekommen. Große und unnötige Ausgaben entstehen dem Reiche durch die Besatzungskosten. Bis Ende 1921 sind rund 5 Milliarden Goldmark an Besatzungskosten zu zahlen gewesen. Redner zählt eine ganze Reihe von Fällen auf, in denen in rigoroser Weise von Militärs im besetzten Gebiet Anforderungen gestellt wurden, die schließlich in die Milliarden von Losen des Deutschen Reiches gingen. Man sollte auch bei untern früheren Feinden einsehen, daß an Reparationen verloren gehen muß, was an unsinnigen Ausgaben für die Besatzung verlangt wird.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) begründet einen Antrag, das Reichsfinanzministerium aufzuheben, weil es seine Bedeutung verloren habe.

Abg. Gremer (D. Sp.): Nicht durch Ausmerzungen eines einzelnen Ministeriums, sondern durch Abbau der großen Beamtenkörper in allen Ministerien läßt sich die gewünschte höhere Sparlichkeit in der Verwaltung herbeiführen. Die Regierung soll im Laufe des Jahres 1922 eine Denkschrift über die Vereinfachung der Reichsverwaltung vorlegen, insbesondere darüber, in welcher Weise die Aufgaben des Reichsfinanzministeriums anderen Ministerien überwiegen werden können.

Abg. Lange-Segermann (Z.): Auch wir stimmen einem Abbau des Reichsfinanzministeriums zu. Das Geschäftsgebahren der Reichsvermögensverwaltung im besetzten Gebiet ist durchaus nicht erfreulich. Wir müssen verlangen, daß in die Reichsvermögensverwaltung Rheinländer hineinkommen. Noch kein Rheinländer ist zum Ministerialdirektor ernannt worden. Die Reichsvermögensverwaltung hat es sich nicht angelegen sein lassen, die durch die Besatzung entstandene Wohnungsnot zu beseitigen.

Reichsfinanzminister Bauer: Die Vorwürfe gegen die Geschäftsführung sind durch nichts gerechtfertigt. Selbstverständlich werden dort, wo so große Ansprüche gemacht werden, auch manche Fehler vorkommen. Seit meiner Amtstätigkeit habe ich nur in ganz vereinzelten Fällen einschreiten müssen. Gegenüber den Angriffen des Zentrumsredners stelle ich fest, daß seit das Reichsfinanzministerium und die Reichsvermögensverwaltung bestehen, diese beiden Korporationen stets darauf bedacht waren, Rheinländer in die Betriebe einzustellen. Die Beförderung zu Ministerialdirektoren läßt sich doch nicht im Handumdrehen machen. Die Wohnungsnot ist nicht nur durch die Besatzung entstanden, ich erinnere nur an die hohe Zahl von Kaufleuten, die sich in Köln aufhalten. Die Aufgabe der Reichsvermögensverwaltung ist es, für die durch die Besatzung entstandenen Schäden aufzukommen. Es ist ein Sparministerium verlangt worden. Wie aber soll er die Sparpolitik erzwingen? Er müßte doch Einblick haben in alle Verhältnisse und nachprüfen können, wie soll er das, wenn er außerhalb der Reichsbehörden steht? Durch eine von der Reichsregierung ausgearbeitete Denkschrift wird man zu einem befriedigenden Ergebnis kommen.

Gotheis (Dem.): Wir werden die Denkschrift abwarten. Den Antrag Schulz jetzt anzunehmen, wäre eine Torheit. Der Abg. Schulz hat das Wort „Uderrwirtschaft“ gebraucht, um damit unser ganzes System zu treffen. Da muß ich schon sagen, Gott behüte uns vor unseren Freunden, wenn wir Herrn Schulz einen Freund nennen würden.

Hierauf werden die Verhandlungen abgebrochen. Es folgen einige persönliche Bemerkungen von Schulz-Bromberg und Gotheis.

Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, Reichsmietengesetz, Abstimmungen, Haushaltsberatung.

Preussische Domänenverwaltung

Die Etatsberatung im Hauptausschuß des preussischen Landtages wird beim Etat der preussischen Domänenverwaltung fortgesetzt. Der Etat zeigt nach der Regierungsvorlage folgendes Bild: Die Einnahmen sind von 66 Millionen im Jahre 1921 auf 98 Millionen in diesem Jahre gestiegen. Diese Steigerung ist auf die vorgenommene Erhöhung der Pachtsätze zurückzuführen. Die ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben sind von 51 auf 75 Millionen Mark angewachsen. Der Ueberschuß der Domänenverwaltung beträgt 29 Milliarden Mark gegenüber 20 Millionen im Vorjahre. Für Vermehrung und Verbesserung der Arbeiterwohnungen sind sechs Millionen Mark eingestellt, für Landgewinnungsarbeiten an der Nordsee Küste Schleswig-Holsteins und Ostfrieslands reichlich drei Millionen vorgezogen und zur Ausschließung der ostfriesischen Moore reichlich eine Million.

In der Aussprache wurde von den Vertretern der Linken auf die den Verhältnissen nach zu niedrigen Pachtsätze hingewiesen und betont, daß es dringend notwendig sei, daß die Regierung die Einnahmen durch eine angemessene Steigerung der Pachtsätze voll ausnütze. Genosse Ziegenhals wies auf die Notwendigkeit hin, mehr als bisher für den Wohnungsbau zu tun. Als Beispiel führte er die Verhältnisse in der Provinz Brandenburg an. Dort ist den Domänenpächtern vom Landesparlament die Genehmigung erteilt worden, reichlich 2000 ausländische Landarbeiter Beschäftigten zu dürfen, denen in den landwirtschaftlichen Betrieben der Domänenverwaltung und der Stadt Berlin nur 1975 einheimische Landarbeiterfamilien und 642 Ledige gegenüberstehen. Die Genehmigung einer so großen Anzahl ausländischer Saisonarbeiter wurde mit Rücksicht auf die mangelhaften Wohnungsverhältnisse erteilt, da die einheimischen Landarbeiterfamilien nicht untergebracht werden können, während den fremdländischen Arbeitern zugemutet wird, in alten Scheunen und Stallräumen zu wohnen.

Entgegen der bei der Beratung des landwirtschaftlichen Etats von den Deutschnationalen vertretenen Anschauung, daß die Aushebung der Getreidemenge eine Erhöhung der Getreidepreise nicht zur Folge haben werde, gab der Abgeordnete Kaufhold (Dnall.) bei dieser Beratung unumwunden zu, daß die Domänenpreisverhöhung ganz bedeutend im Werte steigen müßte. Er verzog nur zu erwähnen, daß nicht nur der Wert und damit der Ertrag der Selbstwirtschaftsdomänen gesteigert wird, sondern ebenfalls infolge dieser Wertsteigerung eine erhebliche Pachtserhöhung für die verpachteten Domänen eintreten muß.

Genosse Klauener wies noch auf die oftmals erfolgende Ausbeutung kleinerer Existenzen durch Verpachtung von staatlichem Grund und Boden hin. Die Staatsregierung müsse unter allen Umständen dahin wirken, daß eine Verbesserung und Ausgestaltung der Reichspachtordnung erfolge. Weiter müsse sie unserem vorliegenden Antrage entsprechen, daß praktisch die Pacht, die sich der Landwirtschaft zuwenden will, mit allen Mitteln gefördert wird. Es wird notwendig sein, zu diesem Zwecke Domänenbetriebe zur Verfügung zu stellen, damit auch die Kinder von solchen Eltern, die die damit verbundenen Kosten nicht aufbringen können, Gelegenheit haben, sich in mütter-

Prügelstrafen im Stadtparlament

Schon wieder bürgerliche Obstruktion

Die gestrige Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung nahm einen außerordentlich kühnen Verlauf. Nachdem bei Gelegenheit einer kleineren Vorlage am Anfang der Sitzung durch eine ausgezählte Abstimmlung festgestellt war, daß diesmal die linke Seite des Hauses stärker als die rechte vertreten war, trieben die bürgerlichen Parteien wieder regelrechte Obstruktion, die sie jetzt zu einer stehenden Einrichtung machen, sobald sie in einer Sitzung in der Minderheit sind. Das ist ein so offenkundiges Zeugnis für den brutalen Machtstandpunkt, den die bürgerlichen Parteien im Stadtparlament vertreten, daß demgegenüber der linken Seite des Hauses nichts anderes übrig bleibt, als mit gleichen Waffen zu kämpfen.

Die Obstruktion des Bürgerblocks artete zu Tätlichkeiten aus, als die Vorlage über die Verleihung einer neuen gemeinsamen Schuldeputation für Alt-Berlin beraten werden sollte, an deren Verschleppung den bürgerlichen Parteien außerordentlich gelegen war. Der Vorsteher ließ zunächst darüber abstimmen, wer den Punkt beraten wissen wollte. Dafür stimmte die gesamte Linke. Dann ließ der Vorsteher die Stimmhaltungen der bürgerlichen Seite des Hauses zählen. Darüber legte eine wilde Flucht der Rechten Parteien, die die Beschlußfähigkeit des Hauses herbeiführen wollten, aus dem Saale ein, die von den aus dem Foyer in den Saal tretenden Sozialisten zum Teil zu verhindern versucht wurde. Die Szenen, die sich infolge dieser gewalttätigen Obstruktion der Bürgerlichen abspielten, spotteten jeder Beschreibung. Der Vorsteher unterbrach, da an eine geordnete Weiterverhandlung nicht zu denken war, die Sitzung gegen 8 Uhr auf eine Viertelstunde.

Am Anfang der Sitzung apostrophierte der Kommunist Dr. Rosenbergs die Stadtverordnetenversammlung als das ungeeignete, unzeitgemäße und rückständigste Parlament, das es gäbe. (Warum hat sich der Mann gedrängt, ihm anzuhören?) Eine Geschäftsordnungsdebatte entspann sich dann über eine Erklärung außerhalb der Tagesordnung, die Dr. Salzgeber (Zentrum) abgab. Er teilte mit, es sei aus dem Gemeindeblatt zu erkennen, daß der Magistrat verschiedenen Beschläffen des Stadtparlaments nicht beigetreten sei. Diese Gelegenheit benutzte Dr. Salzgeber zu einer lebhaften Polemik gegen den Magistrat. Stadtverordneter Franz Krüger, der zunächst wieder der Versammlung ein Privatstimium darüber las, was in den Parlamenten im allgemeinen üblich sei, wies diese Erklärung als nicht in den Rahmen der Geschäftsordnung gehörend zurück. Dieselbe Auffassung vertrat unser Genosse Wegl. Die erste Abstimmung wurde vorgenommen, als von der S. P. D. beantragt wurde, über die von den Demokraten und Deutschnationalen gestellten Anträge zur Frage der weltlichen Schule, die aus persönlichen Gründen von Sitzung zu Sitzung immer wieder zurückgezogen wurden, zur Tagesordnung überzugehen. Dieser Antrag wurde mit 87 sozialistischen gegen 83 bürgerliche Stimmen angenommen.

Dann entspann sich eine lebhafte Schlagabfolge, zu der eine Anfrage der Deutschen Volkspartei, ob das städtische Milchwirtschaftsamt hergestellt habe, die Veranlassung gab. Der Magistratsvertreter erklärte, daß die städtische Meierei Stelle im allgemeinen nur künstliche Schlagabfolge herstelle, daß aber ein geringes Quantum Naturschlagabfolge für Kranke hergestellt worden sei. Dann hielt Dr. Falkenberg (D. Sp.) eine Rede gegen die Schlagabfolge, die Emulsionmilch und das städtische Milchwirtschaftsamt. Der in dieser Frage sachkundige Genosse Dr. Koelky (U. S. P.) trat Herrn Falkenberg entgegen. Gegen Kunstprodukte, wenn sie vollwertig seien, könne nichts eingewendet werden; im Gegenteil müsse man so viel als möglich aus dem Lande einführen, um der von den Agrariern ausgehenden milderbemittelten Bevölkerung guten und billigeren Ersatz für die unerschwingliche Frischmilch zu geben. Dagegen sei unbedingt zu verurteilen, wenn ein städtischer Betrieb Naturschlagabfolge herstelle, die nur für reiche Leute in Frage kommt.

Es ist noch erinnerlich, daß bei der letzten Festsetzung der Höchstmietenzuschläge die Deutschnationalen Volkspartei geschmacklos genug war, in dem dem Magistrat zur Seite stehenden Ausschuss, der sich aus Miet- und Vermieter-Vertretern zusammensetzt, als Mietervertreter Herrn Dr. Steiniger zu delegieren. Gestern wiederholte die Deutschnationalen

günstigen Betrieben, in denen alle technischen Fortschritte und theoretischen Kenntnisse Anwendung finden, ausbilden zu können. Dieser Antrag wurde abgelehnt, ebenso ein anderer Antrag unserer Fraktion, der die Erhöhung aus den Pachtbeiträgen der Domänen und Häuser um 30 Millionen Mark und die Verwendung dieser Mittel für den Wohnungsbau forderte. Alle kommunalistischen Anträge, die sich in derselben Richtung bewegen, wurden ebenfalls abgelehnt.

Der Militäretat

Im Hauptausschuß des Reichstags stand am Donnerstag die weitere Beratung des Militäretats auf der Tagesordnung, insbesondere des Kapitels: Erziehung. Im Anschluß an die Ausführungen des Schulrats Weich in Rürnberg gab der Oberst von Haak aus München ausführlichen Bericht über das, was die Heeresverwaltung bis jetzt auf diesem Gebiet geleistet hat. Es entspann sich über seine Ausführungen eine längere Debatte, an der sich von unserer Seite die Genossen Rinkler und Moses beteiligten. Der erstere besonders ging auf die Soldatenzeitungen ein und der letztere neben dem Kampf gegen den Alkoholismus auch auf die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Heere. Der Reichswehrminister gab die Erklärung ab, daß er in jedem Falle, wo eine Militärinstanz die Blätter der Linken zurückweise aus den Kasernen, er diesem Falle nachgehen und das weitere dann veranlassen würde. Die Debatte über die Soldatenzeitungen wird morgen fortgesetzt.

Im falschen Gewande

Dieser Tage machte ein Artikel eines Ernst Seifert-Minden die Kunde durch die rechtssozialistische Presse. In einer Vorbemerkung wurde der Verfasser als tätiger Genosse der U. S. P. D. bezeichnet. Unser Plauerer Parteiblatt „Volkzeitung für Niedersachsen“ bringt nun folgende Charakteristik des Artikel-schreibers:

„Um dem Gesetze dieses Seifert ein bedenkliches Aolorit zu geben, wird er von den Rechtssozialisten den Lesern als erster und tüchtigster Kämpfer der U. S. P. D. vorgestellt. Wer die

Volkspartei diese Delegation, so daß man jetzt, nach der Kritik auch des preussischen Wohlfahrtsministeriums, diese Delegation nicht nur als eine Geschmacklosigkeit, sondern als eine Unverschämtheit bezeichnen muß. Herr Dr. Steiniger ist, darauf wies auch Genosse Wegl hin, Präsident des Deutschen Grundbesitzerverbandes und hat beruflich die Interessen der Vermieter wahrzunehmen. Es ist also einfach nicht möglich, ihn als Mietervertreter in seiner Stadtverordnetenversammlung in diesen Ausschuss zu wählen. Dagegen ist von unserer Seite ein energischer Protest erhoben worden.

Durch die Presse ging vor kurzem die Nachricht, daß die städtische Girozentrale erzwungen worden ist, darüber Auskunft zu geben, wie hoch sich die Konten der Gewerkschaften belaufen. Eine kommunistische Anfrage an den Magistrat sollte nach der Erklärung des Vorstehers in der städtischen Geschäftsordnungsmöglichen Weise dem Magistrat zugeleitet werden; dagegen protestierte Genosse Wegl mit der Begründung, daß sowohl die Inhaber von Sparkonten als auch alle Mitglieder der Gewerkschaften ruhig und erheblich daran interessiert seien, zu erfahren, wozu diese Auskunft eingeholt werden. Er forderte vom Magistrat eine Beantwortung möglichst noch in der gestrigen Sitzung, spätestens aber heute durch das Nachrichtenamt.

Der Vorsteher hatte die Sitzung auf eine Viertelstunde aufgehoben bei dem Versuch der bürgerlichen Parteien, den Punkt 6 der Tagesordnung — Erriichtung einer Bezirkschuldeputation und eines Bezirkschuldeputationsausschusses für die Bezirke 1-6 — nicht zur Verhandlung kommen zu lassen. Als der Vorsteher die Sitzung wieder eröffnete, hatten die bürgerlichen Parteien in einer interaktionellen Besprechung beschlossen, den Antrag auf namentliche Abstimmung zu stellen und dann durch Verlassen der Sitzung die Beschlußfähigkeit herbeizuführen. Den Ausschussbericht über die Vorlage erstattete Stadtr. Merien (Dem.), dazu waren noch verschiedene Zusatzanträge eingegangen. Der Rest der Sitzung entwickelte sich dann, wie er sich entwickeln mußte: nach einer kurzen Debatte und dem Schlußwort des Berichterstatters begann die Abstimmung, zunächst über den weitestgehenden Zusatzantrag, wobei sich die Beschlußfähigkeit herstellte. Bei 113 Stimmen ist das Haus beschlußfähig, abgestimmt haben nur 99 Stadtverordnete, davon 87 Sozialisten. Die Sabotage der bürgerlichen Parteien erklärt sich daraus, daß die neu zu schaffende Deputation durch die Bürgerdeputierten eine sozialistische Mehrheit erhalten könnte, während jetzt noch eine uralte Schuldeputation mit bürgerlicher Mehrheit besteht.

Die Schuld daran, daß die Obstruktion des Bürgerblocks in der gestrigen Sitzung bei dieser Vorlage überhaupt möglich war, trägt der Vorsteher Dr. Casparj — seine Aufgabe wäre es gewesen, wie er das ja sonst auch bei ihm genehmen Vorlagen tut — die Vorlage, da sie schon wiederholt auf der Tagesordnung gestanden hat, unter den Schutz des § 52 der Geschäftsordnung zu stellen, wonach bei der wiederholten Behandlung eines Gegenstandes ein beschlußfähiges Haus nicht nötig ist. Das hat Vorsteher Dr. Casparj nicht getan, wie er überhaupt gestern wiederholt eine ganz merkwürdige Art von Unparteilichkeit betätigt hat.

Nach der Feststellung der Beschlußfähigkeit wurde die gestrige höchst unfruchtbare Sitzung geschlossen.

Die Antwort der Girozentrale

In später Abendstunde verbreitet das Nachrichtenamt der Stadt Berlin folgende Meldung: Von unerantwortlicher Stelle wird über die Girozentrale der Stadt Berlin eine Auffassung verbreitet, wonach eine Anfrage der Girozentrale an ihre Girokonten nach den bei ihnen geführten Konten der Gewerkschaften als eine Maßnahme angesehen wird, die den Behörden ermöglichen soll im Augenblick gewerkschaftlicher Kämpfe die angelegten Beträge zu beschlagnahmen. Demgegenüber erklärt der Vorstand der Sparkasse: Weder der Berliner Magistrat noch sonst eine Behörde hat von der Sparkasse Auskunft jemals verlangt.

Selbstverständlich sucht die Sparkasse, Girokonten zu gewinnen. Sie ist deshalb wiederholt auch an Körperlichkeiten und Zwangsmitteln verbände heranzutreten. Schon im September 1921 hat sie an die ihr bekannten Gewerkschaften und ähnlichen Verbände geschrieben und unter Hinweis auf ihre Geschäftsbedingungen angesetzt, ein Girokonto bei einer Berliner Girokasse einzurichten. Dieses haben zahlreiche Verbände getan. Im Februar 1922 hat die Girozentrale dann durch Rundfrage bei den Girokonten das Ergebnis dieser Werbearbeit ermittelt, um sie fortsetzen zu können.

Dinge kennt, kann darüber nur lachen. Seifert war bis etwa vor Jahresfrist in Plauen, wo er als Angestellter des Handlungsgesellschafts wirkte. Mit der U. S. P. D. verband ihn in der Hauptstadt eigentlich nur das Mitgliedsbuch. Gewirkt hat er für die Partei so gut wie gar nicht. Gegen die Forderung der Partei ist er nie sichtbar aufgetreten. Die Koalitionspolitik hat er scharf verurteilt. Als in einer Parteiverammlung unserer Partei der Redner über die Koalitionspolitik sprach, äußerte sich Seifert unzufrieden und ganz entrüstet, daß auch ein Rechtssozialist so sprechen könne!

So war Seifert als er in der Einflussphäre der U. S. P. D. wirkte. Jetzt wirkt er in einem Bezirk, wo die Rechtssozialisten dominieren. Jetzt lobt er die rechtssozialistische Politik. Das ist nun freilich keine Sache und eine Angelegenheit möglicher Meinungswandlungen, über die nichts weiter gesagt werden soll.

Im Dienste der französischen Saarpropaganda

Durch die Presse geht eine Notiz, daß ein deutscher Kommunistenführer in den Dienst eines französischen Propagandabüros getreten sei. Es handelt sich um den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei im Saargebiet Laatz. Dieser soll in den Dienst der Bergwerksdirektion Saarbrücken getreten sein und in der Abteilung des Majors Röhner beschäftigt werden. In der Pressenotiz wird hinzugefügt: Laatz war bisher Angestellter des Deutschen Eisenbahnerverbandes. Wie uns von dem Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes mitgeteilt wird, entspricht die letzte Notiz nicht den Tatsachen. U. war zwar von den Eisenbahnern im Saargebiet zum Ortsbeamten für die Ortsgruppe Saarbrücken des Deutschen Eisenbahnerverbandes gewählt worden, wurde aber vom Hauptvorstand nicht bestätigt und konnte deshalb keinen Posten nicht antreten.

Bei den Gemeindevahlen in Bulgarien, deren endgültiges Resultat nun vorliegt, erhielt nach offiziellen Angaben die Bauernpartei (Bariet Stambulski) 368 129 Stimmen, die Kommunisten 98 963 Stimmen und die Vereinigten Oppositionsparteien 278 759 Stimmen.



Erinnerung:

Von Paul Baden

Ein neuer Wahnsinn ist in die Welt gekommen. Mein Gott, wir hatten den größten Krieg, „die große Zeit“, uns lachte Kapp, lacht noch immer Knüppel-Kunze, und die neueste Lieblichkeit ist der Raubritter der Republik, der Herr von Röhne auf Schloß Pöchow.

Was kommt es da auf etwas mehr oder weniger Wahnsinn an? Schließlich ist es doch ganz gleichgültig — wozu uns schlecht wird!

Der neueste Wahnsinn sind die Lebenserinnerungen. So viele erinnern sich und legen sich flugs hin und fignern Memoiren. Hindenburg war der Erste. Sein Buch freilich war noch harmlos und diese Stillübungen eines talentvollen Tertianers werden sicher keinen an der schmerzhaften Stelle getroffen haben. Aber nach ihm kam Ludendorff. Er! Die große Kanone während des Krieges, der bei Ausbruch der Revolution ganz klein wurde und nach Schweden ausrückte, dann reuig in die Arme der alles verzehrenden Republik zurückkehrte und sich durch sein Lärmmachen den Beinamen „die große Lüge“ redlich verdient hat. Und es kamen Tirpitz und der frühere Kronprinz von Bayern, wo es allemal so finster ist, wie in einer mittelalterlichen Foksternkammer; es kamen alle die anderen Granden und Großen, Helden und Heiligen des Weltkrieges. Und einer schob immer dem andern die Schuld in die Schuhe, daß dem anständigen Menschen die Schamröte ins Gesicht schlug und der Etel einen schüttelt.

Jetzt aber wird mitgeteilt, daß der deutsche Kronprinz ebenfalls an seinen Memoiren arbeite. Und gleich in vier Sprachen: deutsch, französisch, englisch und spanisch. Herrjemeine, ist der Mensch begabt und begnadet.

Sehn Sie, das ist ein Geschäft, das bringt noch was ein! Auch er wird uns sicher sagen:

„Ich bin klein, mein Herz ist rein, Ich möcht' so gerne bei euch sein!“

Wir danken dem hohen Herrn submissiv für seine gute Gesinnung, sind aber so sehr von ihr geniert, daß wir keinen Gebrauch davon machen können.

Die anderen aber, die geknechtete und geschundene Kreatur, die nur Kanonensfutter war und immer, selbst in den langen Friedenszeiten, bis zum Weißbluten herhalten mußte für die herrschende Kaste, deren erlauchte Angehörige gewiß so manches mal sich darüber gewundert haben, was dem Volk und dem „Pöbel“ alles aufgepackt werden darf, — diese anderen leben ihre Erinnerungen.

Und sie liegen auf ihnen wie eine Last. Doch halt, ich hab's! Dieser Wahnsinn und diese But, Memoiren zu schreiben, hat doch am Ende etwas Gutes. Der Mensch vergißt so leicht, und, wenn er eine weiche Natur ist, vergißt er gar.

Dem König der Perser, der von dem kleinen Volk der Athener besiegt worden war, mußte an jedem Tag ein Sklave sagen: „Herr! erinnere dich der Athener!“ Und eines Tages rüstete der Perserkönig ein großes Heer, kam den Athenern über den Hals und vernichtete sie.

Diese Memoirenwut und -stut trommelt und trompetet uns alle Tage in die Ohren, was wir gelebt und gelitten haben. Vielleicht wird sie doch noch einmal Früchte tragen!

Bedenkliche Fragen

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Von unverantwortlicher Stelle wird über die Girozentrale der Stadt Berlin eine Auffassung verbreitet, wonach eine Anfrage der Girozentrale an ihre Girofilialen nach den bei ihnen geführten Konten der Gewerkschaften als eine Maßnahme angesehen wird, die den Behörden ermöglichen solle, im Augenblick gewerkschaftlicher Kämpfe die angelegten Beträge zu beschlagnahmen.

Demgegenüber erklärt der Vorstand der Sparkasse: Sparkasse und Girofilialen sind genau so gegenüber Behörden wie gegenüber Privaten zur Verschwiegenheit verpflichtet wie jede andere Geldanstalt. § 3 der Satzung sagt: Die Sparkasse erteilt, soweit das Gegenteil nicht gelehrt vorgezeichnet ist, über Gläubiger und Schuldner keine Auskunft. Die Beamten und Angestellten sind zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet.

Den gleichen Sach enthalten die Bestimmungen für den Devisen- und Kontokorrentverkehr. Weder der Berliner Magistrat noch sonst eine Behörde hat von der Sparkasse Auskunft über Gewerkschaftskonten oder sonstige Kundenkonten jemals verlangt.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorli

Einzig autorisierte Übersetzung von August Schall

Amerikanisches Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin

(14. Fortsetzung)

„Na, Mutter, was sagst du?“ sprach er weich.

„Was soll ich sagen!“ versetzte sie abwehrend.

„Ja, ja . . . Der liebe Gott zürnt uns, nimmt uns eins nach dem andern fort . . . Wenn alles in der Familie so zusammenhalten wollte wie die Finger an der Hand . . .“

Er hatte schon lange nicht so friedlich gesprochen. Ich hörte ihm zu und dachte, es würde mir besser werden von seinen versöhnlichen Reden, und ich würde darüber die gelbe Grube mit den feuchten schwarzen Felsen darin vergessen. Aber da sagte die Großmutter unfreundlich:

„Spar dir die Worte, Vater! Dein Lebtag führst du sie im Wunde, und wem nützen sie? Du bist es doch, der ewig an allen herumgörgelt und gezeht hat, wie der Rost am Eisen . . .“

Der Großvater räusperte sich, sah sie an und schwieg. Als ich am Abend mit Ludmilla am Tore saß, erzählte ich ihr, immer noch mit innerer Pein, was ich des Morgens gesehen. Es machte weiter keinen Eindruck auf sie.

„Wenn man eine Waise ist, hat man es besser“, sagte sie. „Sollten meine Eltern sterben, so würde die Schwester beim Bruder bleiben, und ich würde für immer ins Kloster gehen. Was sollte ich sonst anfangen? Heiratet wird mich niemand, weil ich lahm bin und nicht arbeiten kann. Schließlich würde ich gar noch lahme Kinder haben . . .“

Sie sprach so verständlich wie alle die Weiber unserer Straße, und an jenem Abend war es wohl, daß sie mir gleichgültig wurde. Die Umstände fügten sich auch so, daß ich die Freundin immer seltener sah.

Ein paar Tage nach dem Tode des Bruders sagte der Großvater zu mir:

„Leg dich heute früher zu Bett, ich werde dich zeitig wecken. Wir fahren in den Wald, wollen Holz holen.“

„Und ich gehe mit euch und will Kräuter sammeln“, sagte die Großmutter.

Im Walde wuchsen Tannen und Birken durcheinander. Er stand auf sumpfigen Grunde, war reich an Windbruch und trockenem Gräst und lag an drei Werst von der Vorstadt ab. Nach der einen Richtung zog er sich bis zur Oka hin, nach der andern zur Moskauer Chaussee und darüber hinaus. Wie ein

Selbstverständlich sucht die Sparkasse Girokunden zu gewinnen. Sie ist deshalb wiederholt auch an Körperschaften und Interessentenverbände herangetreten. Schon im September 1921 hat sie an die ihr bekannten Gewerkschaften und ähnliche Verbände geschrieben und unter Hinweis auf ihre Geschäftsbedingungen angefragt, ein Girokonto bei einer Berliner Girofiliale einzurichten. Dieses haben zahlreiche Verbände getan. Im Februar 1922 hat die Girozentrale dann durch Rundfrage bei den Girofilialen das Ergebnis dieser Werbearbeit ermittelt, um sie fortsetzen zu können.

Die Sparkassen und Girofilialen sind keine Geldinstitute und keine Werkzeuge für politische Kämpfe.

Mieterschutz und sein Gegenteil

Man schreibt uns: Der Kampf um die Beseitigung der Höchstmieten-Verordnung nimmt bei dem größten Teil der Hauswirte immer schroffere Formen an. Durch Resolutionen und Petitionen suchen sie die Parlamente zu beeinflussen, um die in ihren Augen verhaßte Zwangsbewirtschaftung des Wohnungswesens zu beseitigen. Wie brutal die Hauswirte aber schon heute trotz der immerhin noch bestehenden Mieterschutzbestimmungen vorgehen, um zu ihrem angeblichen Recht zu gelangen, beweist folgender Fall:

Der Hauseigentümer A. Rabenhorst, Berlin D, Löwenstraße 17, Besitzer mehrerer Häuser in der Nischhofenstraße, leistet sich gegenüber seinen Mietern Drangsalierungen aller Art. Rabenhorst ist seit Jahren ständiger Kläger auf dem Mieteneinigungsamt und dort sehr bekannt. Er versucht jetzt, das Mieteneinigungsamt zu übergehen, und richtet mit folgendem Schreiben vollkommen unrechtmäßige Zahlungsbefehle an seine Mieter:

„Durch verschiedene Amtsgerichtsbeschlüsse ist festgestellt, daß auch Sie ab 1. 7. 21 eine Erhöhung von 45 Prozent zur Friedensmiete, und ab 1. 1. 22. eine Erhöhung von 70 Prozent zahlen haben. Herr Geheimrat Isaakson, Vorsitzender des Mieteneinigungsamtes, gab mir am 21. 1. 22 den Rat, um schneller zum Ziele zu kommen, gleich beim Amtsgericht Klage zu erheben und nicht mehr beim Mieteneinigungsamt.“

Ich erlaube nun um Zahlung der Reste am 1. Februar, andernfalls ist die Klage einzureichen.

Die Auskünfte verschiedener Mieteneinigungsämter sind falsch und unsinnig.

gez. A. Rabenhorst, Löwenstraße 17.“

Hier ist die Frage berechtigt, hat der Vorsitzende des Mieteneinigungsamtes dem Hauswirt tatsächlich jenes Rat gegeben, um damit die Verhandlungen vor dem Mieteneinigungsamt auszuhalten? Wenn die Angaben des Hauswirts zutreffen sollten, so hätte der Herr Vorsitzende zweifellos seine Amtsbefugnisse überschritten. Der Fall bedarf dringend der Klärung.

Wenn übrigens das Mieteneinigungsamt zur Zeit stark belastet ist, so liegt die Schuld nicht immer auf Seiten der Mieter. Die Mieter der genannten Häuser wenigstens haben stets die durch Verordnung festgesetzte Höchstmiete pünktlich vom Tage des Inkrafttretens ab gezahlt, so daß nie ein Termin vor dem Mieteneinigungsamt notwendig gemessen wäre und es auch jetzt nicht ist, soweit die Mieter in Betracht kommen.

Herr Rabenhorst allerdings fühlt sich berufen, sich als Vorkämpfer für die Interessen der Hausbesitzer aufzuspielen, wobei er, je nachdem, den Weg zum Mieteneinigungsamt beschreitet, trotzdem er seine Entscheidungen für „falsch und unsinnig“ erklärt, oder auch an ihm vorbeischießt, wenn er sich mehr von dieser Methode des Vorgehens verspricht. Es ist hohe Zeit, daß ihm und seinesgleichen das Handwerk gelegt wird, wie auch allen beamteten und nicht-beamteten Funktionären des Mieterschutzes, die in vollkommener Verkennung ihrer Pflichten die Geschäfte des Wohnungskapitals belagern, statt seinen gemeinschaftlichen Tendenzen mit genügender Schärfe entgegenzutreten.

Verbotene Sammlung. Dem Reichsverein „Deutscher Führerbund“, Zweigstelle Berlin, Dr. Harbeck, Rechtsanwalt und Syndikus, in Berlin-Wilmersdorf, Badensche Straße 42, sind öffentliche Sammlungen und Werbungen von Mitgliedern verboten. Es handelt sich um ein Unternehmen, das auf die Bereicherung der Unternehmer, nicht aber auf Erreichung eines Wohlfahrtszweckes gerichtet ist.

Zimmer wieder die Tariffschraube

Ein Vorstoß der Demokraten?

Der Magistrat beabsichtigt, zur Deckung der neuerdings erhobenen Lohnforderungen der städtischen Arbeiter, wiederum die Tariffschraube ganz erheblich anzuziehen. Selbst wenn an Stelle der geforderten Erhöhung des Stundenlohnes von 7,50 Mark nur eine Erhöhung von 5 Mark eintreten sollte, will der Magistrat zur Deckung der entstehenden Mehrausgabe den Straßenbahntarif von 2 Mark auf 3 Mark, den Preis für elektrischen Strom von 6 Mark auf 8 Mark und den Preis für Gas von 3,30 auf 5.— Mark, den Wasserpreis auf mindestens 3 Mark erhöhen.

Trotzdem würde es zweifelhaft bleiben, ob dann schon die Mehrausgaben gedeckt werden können, weil den städtischen Werken durch die ungeheure Steigerung des Kohlenpreises eine neue Quelle von Mehrausgaben entsteht.

Das „Berliner Tageblatt“ versichert, daß auf demokratischer Seite keine Reizung bestehe, „das städtische Danalbenfah“ zu füllen. Die Demokraten, so behauptet das genannte Organ, knüpfen an die Bewilligung der neuen Erhöhung der Bedingung, daß der städtische Manteltarif gründlich reformiert, das heißt, so gut wie vollständig abgebaut wird. Die Lohnerrhöhung, die infolge der ungeheuren Steigerung aller Preise allgemein als berechtigt anerkannt wird, soll also gedeckt werden durch das Geld, das man aus der Gesundheit und der sozialpolitischen Lage der städtischen Arbeiterschaft herauszuheben will. Weiter versprechen die Demokraten in dem genannten Blatt, daß sie einen energischen Vorstoß machen werden, um die städtische Straßenbahn nicht nur in eine städtische, sondern in eine gemischtwirtschaftliche Aktien-gesellschaft umzuwandeln. Dr. Michaelis erklärt, so lange sich der sozialistische Magistrat nicht grundsätzlich anders einstelle und mit dem Entium der Kommunalisierung Schluss mache, sei an eine weitere Erhöhung der städtischen Tarife nicht zu denken. Wie aus den letzten Mitteilungen der Presse hervorgeht, ist beabsichtigt, der Stadtvorordnetenversammlung die Vorlage über die neuen Tarifierhöhungen schon in den nächsten Tagen zugehen zu lassen, damit die neuen Tarife bereits am 1. April in Kraft treten können.

Es kann natürlich nicht die Rede davon sein, daß die notwendigen Lohnerrhöhungen immer nur durch fortgesetztes Anziehen der Tariffschraube gedeckt werden. Es muß an eine gründliche Umgestaltung der städtischen Werke in dem Sinne gegangen werden, wie sie von unserer Seite schon immer gefordert wurde. Wir sind nicht der naiven Meinung, daß das Privatkapital, dessen Geschäfte Herr Dr. Michaelis so rühmig besingt, sich aus lauter Menschenfreundlichkeit danach drängt, an dem städtischen Defizit beteiligt zu sein, sondern wir wissen, daß man von solcher Beteiligung des Privatkapitals auch eine Verzinsung erwartet. Das von dem früheren Direktor der Straßenbahn, Dr. Wulow, erstattete Gutachten über die Lage der Berliner Privatkapitals die Frage, ob es sich überhaupt beteiligen lasse, auf Jahre hinaus zweifelhaft sei. Sobald die Vorlagen den Stadtvorordneten zugehen und man aus ihr die Pläne des Magistrats ersehen wird, soll noch näher auf diese Frage eingegangen werden.

Reparaturen oder Meliorationen?

Im „Grundbesitzer“, dem Organ des Bundes der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine, werden Handwerker und andere Hauslieferanten aufgefordert, wieder fleißig zu inferieren, da jetzt die Hausbesitzer durch die großen Summen, welche die Mieter auf Grund des § 10 der Höchstmietenerordnung für weit zurückliegende und kommende Reparaturen zahlen müssen, in der Lage seien, Aufträge zu vergeben. Wie verlobbert viele Häuser sind, ist bekannt. Ob die Hauswirte wirklich nicht in der Lage waren, die notwendigen Erneuerungen ohne Spekulation auf die Taschen der Mieter vornehmen zu lassen, kann bezweifelt werden.

In Mieterkreisen und Mietervertretungen wird nun folgendes noch zu wenig beachtet: Auch bei Erstattungen von Reparaturkosten wird vorläufig alles durch Zuschläge geregelt. Solange also das Reichsmietengesetz, dessen dritte Fassung im Reichstage kurz bevorsteht, noch nicht Gesetzeskraft erhalten hat, gilt die Höchstmietenerordnung, wonach der auf die Mieter umzuliegende Reparaturkostenzuschlag 15 Prozent der Grundmiete, also ohne Hinzurechnung sonstiger Zuschläge zur Grundmiete, nicht übersteigen soll. Auf freiwillige Zahlung höherer Anteile sollten sich die Mieter nicht einlassen.

Das Reichsmietengesetz wird ja allerdings wohl die Norm des 15-prozentigen Reparaturkosten-Höchstzuschlages leider fallen lassen und die Höhe dieses Zuschlages abhängig machen von den Hausverhältnissen im Einzelfall. Ferner ist scharf zu unterscheiden zwischen tausenden, unbedingt notwendigen

doch immer wieder das Wort und streut seine Erinnerungen in mein empfängliches Ohr:

„Einmal schleppen wir ein großes Segelschiff mit einer Ladung Del von Saratow nach Rishnij zum Jahrmarkt. Unser Aufseher hieß Kirillo, und die Wirtin führte ein Tatar aus Kasmow, Assaf hieß er. Wie wir an die Shigulewberge kamen, sprang flugsaufwärts ein Wind auf und schnitt uns böse in die Augen. Wir zogen das Schiff aus aller Kraft, doch es ward uns zu viel, ganz schwindlig wurden wir und mußten halten. Wir gingen ans Ufer, um uns einen Grüßdrei zu lochen. Es war im Monat Mai, die Wolga lag breit da wie das Meer, die Wogen gingen hoch wie eine Herde von Schwänen, unzählige Tausende, die zum Kaspischen Meer herunterschwammen. Die Shigulewberge standen im jungen Grün zum Himmel auf, weiße Wolken standen wie eine weidende Lämmerherde am Himmel, und die Sonne ergoß sich als geschmolzenes Gold auf die Erde. Wir liegen da, erquiden uns an dem Anblick, und werden alle gut zueinander; auf dem Flusse ist's kalt und rau und am Ufer so warm und düstlich! Gegen Abend erhebt sich unser Aufseher Kirillo, ein ernster, bejahrter Mann, nimmt die Rütze ab und sagt: „Run, Jungen, ich will nicht länger euer Aufseher sein, seht zu, wie ihr euch ohne mich behelft. Ich gebe in die Wälder.“ Wir sind ganz erschrocken: Was denn? Warum denn? Wir konnten doch nicht weiter, wenn keiner da ist, der vor unserm Brotberrn die Verantwortung trägt! Ohne Kopf können die Menschen doch nicht herumgehen. Wenn's auch ganz geradeaus geht, immer die Wolga hinauf, so kann man doch auch auf geradem Wege irgehen. Die Menschen sind böse Tiere, die kein Erbarmen kennen. Ganz ängstlich wurde uns ums Herz. Er aber redet immer weiter: „Ich will nicht länger so leben, als euer Herr, ich gehe in die Wälder!“ Einige von uns machen sich an ihn ran, prügeln und binden ihn, andre denken nach über seine Worte und rufen: „Haltet ein! Laßt ihn los!“ Der Tatar aber, der die Wirtin führt, schreit: „Auch ich gehe fort!“ Da war die Not groß; der Brotherr hat dem Tataren schon für zwei Fahrten nicht gegahlt, und das war jetzt die dritte Fahrt. Ein schönes Stück Geld für die Zeiten damals! Wir lärmten und schrien bis in die Nacht hinein, und in der Nacht sind sieben von uns auf und davon gegangen. Sechzehn Mann sind geblieben oder vierzehn. Das ist der Wald, mein Junge, siehst du!“

(Fortsetzung folgt.)

Instandsetzungsarbeiten und solchen größeren oder kleineren Arbeiten, die nicht unbedingt notwendig sind und den Wert des Hauses steigern. Will also beispielsweise ein Hauswirt die noch gut erhaltene Fassade streichen lassen, einen Hofgarten anlegen, elektrische Beleuchtung einführen, das Dach umbauen usw., so sind das nicht mehr bloße Reparaturen, sondern Meliorations- (Verbesserungs-) Arbeiten, von denen beim Verkauf des Hauses kein Besitzer den Geldvorteil hat. Alle solche Kosten sind aus Erhaltungszwecken glatt wegzustreichen.

### Der Einbruch bei Adolf Hoffmann Die Täter vor Gericht

Der seinerzeit vielbesprochene Raubzug bei Adolf Hoffmann beschäftigte gestern die Strafkammer des Landgerichts I. Wegen Einbruchsdiebstahls waren der sechsmal wegen Diebstahls vorbestrafte Maschinenarbeiter Oscar Schäfer und der Arbeiter Johann Stragocaj angeklagt.

In der Nacht zum 11. Juli v. J. wurde, wie erinnerlich, in der Wohnung des Abgeordneten Adolf Hoffmann, Koppenstraße 4, ein Einbruchsdiebstahl verübt. Hoffmann hatte, wie jeden Sonnabend, keine Wohnung verlassen, um nach seinem Landhaus in Fredersdorf, welches übrigens bis auf eine ihm zur Verfügung stehende Stube vermietet ist, zu begeben und dort bis Dienstag zu verbleiben. Am Montag früh entdeckte die Frau, die zur Ordnung der Wohnung bestimmt war, daß Einbrecher in der Nacht dort gehauert hatten. Sie waren gemächlich eingedrungen, hatten sämtliche verschlossene Behälter mittels Dietriche geöffnet und fast alle Kleider der Frau Hoffmann, Mäntel, Pelztragen, zahlreiche Wäsche, noch ungewaschene Wäsche, Bettlaken, Tischtücher, Protokollbücher, Schmußlappen, einen Winterpalmeto, einen Sommerüberzieher usw. gestohlen. Der Wert der gestohlenen Sachen war ursprünglich von Hoffmann mit 6000 M. bei der Versicherungs-Gesellschaft angemeldet worden, er wurde später auf Veranlassung der Versicherungsgesellschaft auf über 10 000 Mark erhöht und ist in der Zwischenzeit natürlich wesentlich gestiegen. Der Beschlagnahme der gestohlenen Sachen mit circa 34 000 M. und den Gesamtwert einschließlich des Zurückgebliebenen auf 64 000 Mark an und meinte, wenn es noch eine Weile dauere, würde der Wert vielleicht noch auf 100 000 Mark steigen. Er hat von der Versicherungsgesellschaft 10 700 Mark erhalten, von den gestohlenen Sachen hat er nichts wieder gesehen. Auf den Möbeln sind Fingerabdrücke festgestellt worden, die nach den Befundungen des Kriminalassistenten Keller vom Erkennungsdienst mit denen des Angeklagten Schäfer übereinstimmen. Die im Gerichtssaal angefertigten daktyloskopischen Versuche bestätigten dies.

Beide Angeklagte bestritten die Täterschaft, Schäfer ließ sogar durch den R. A. Dr. Carl Löwenthal einen längeren Alibi-Beweis ansetzen. Der Staatsanwalt beantragte gegen Schäfer ein Jahr sechs Monate Zuchthaus, gegen den zweiten Angeklagten ein Jahr Zuchthaus. Das Gericht sprach diesen Angeklagten frei und vertagte die Verhandlung gegen Schäfer, da es für notwendig erschien, den angebotenen Alibi-Beweis näher zu prüfen.

**Neue Geschäftsstelle des städtischen Beerdigungswesens.** Das städtische Beerdigungswesen in Lichtenberg hat im Hause Wühlischstraße 31 nahe der Simon-Dach-Straße, ein Zweiggeschäft eingerichtet das den Einwohnern des umliegenden Wohnbezirks für Beerdigungen auf den Gemeindefriedhöfen des Verwaltungsbezirks Lichtenberg zur Verfügung steht.

**Sprachschule für Proletarier.** Anfang März beginnen nunmehr die neuen Abendkurse in Englisch und Französisch für Genossen und Genossinnen ohne Vorkenntnisse. Anmeldungen: Freitag den 3. März, abends von 8-10 Uhr, und Sonntag, den 5. März, vormittags von 11-1 Uhr, in der Gemeindefschule Gipsstraße 23a (Nahe Kopenhagener Straße) Zimmer 9. — Die infolge des Streiks und der Kohlenferien unterbrochenen Kurse werden vom Mittwoch, den 1. März, ab wieder zur gewohnten Zeit stattfinden.

## Gewerkschaftliches

### Konferenz der Betriebsräte des Siemenskonzerns

Am Sonntag, den 26. Februar 1922, tagte im Buda eine Konferenz von Vertretern sämtlicher Betriebsräte des gesamten Siemenskonzerns innerhalb des deutschen Reiches. Die Konferenz war einberufen von den in Frage kommenden freien Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften, und befahte sich unter anderem mit der Bilanz des Siemenskonzerns. Einleitend hielt Dr. Einstein vom Deutschen Metallarbeiter-Verband einen instruktiven Vortrag über die Bilanz der Großkonzerne, insbesondere über die der Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union.

Die Unternehmer sind nach § 72 B. R. G. verpflichtet, den Betriebsräten eine Betriebsbilanz und eine Betriebsgewinn- und -verlustrechnung vorzulegen und zu erläutern. Bei der heutigen Abfassung der Jahresbilanzen ist es selbst für den Fachmann fast eine Unmöglichkeit, einen wirklichen Einblick in die Finanzverhältnisse der Großkonzerne zu erlangen. Wenn die Betriebsräte keine anderen Unterlagen als diese öffentlichen Bilanzen erhalten, so wird der durch das Gesetz beabsichtigte Zweck nicht erreicht. Es ist aber erforderlich, daß den Betriebsräten die Unterlagen für die Bilanzabfassung zugänglich gemacht werden. Bei dem zu erwartenden schroffen Widerstande der Firmen ist ein enges Zusammenarbeiten aller für den Konzern in Frage kommenden Betriebsvertretungen erforderlich, um wenigstens einigermaßen über die wirklichen Bilanzverhältnisse Aufschluß zu erhalten.

Die Konferenz befahte sich auch mit den bevorstehenden Wahlen von Betriebsräten in den Aufsichtsrat der Firma, des Weiteren mit den vielerlei Wohlfahrts-Einrichtungen, Sitzungen usw., die die Firma für ihre Arbeiter und Angestellten eingerichtet hat. Die Mitwirkung, die den Betriebsräten nach § 66, Ziffer 9, des B. R. G. zusteht, ist im Siemenskonzern auf ganz wenige Wohlfahrts-Einrichtungen beschränkt. Bei der Mehrzahl versucht die Firma durch entsprechende Satzungen und juristische Auslegungskünste die Mitwirkung der Betriebsräte zu verhindern.

Die Konferenz hatte das Ergebnis, daß von allen Seiten, auch von den Gewerkschaftsvertretern die Notwendigkeit der Zusammenfassung der Konzern-Betriebsräte als zeitgemäß betrachtet wurde. Gesetzgeberische Forderungen wurden ausgestellt.

An dem guten Zusammenarbeiten zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten wird es liegen, trotz alledem in die Geheimnisse der gewaltigen Industrieunternehmen einzudringen, um den Staat gegen die Übergriffe derselben zu schützen und die Allgemeininteressen gegenüber den selbstfüchtigen Bestrebungen des Großkapitals zu wahren.

### Warnung vor planlosem Zuzug ins rheinisch-westfälische Industriegebiet

Trotz wiederholter Warnung durch die Gewerkschaften und die Bundesarbeitsämter reisen immer noch Arbeitssuchende ins rheinisch-westfälische Industriegebiet, in der Hoffnung, irgendeine Arbeit zu finden. Die Gefahr ist es aus dem Osten zureisende Arbeiter, die sich durch bereits ins Industriegebiet befristete Verwandte und Bekannte verlocken lassen. Dieser planlose Zuzug bringt die zureisenden Arbeiter in die schlimmsten Situationen. Findet sich auch Arbeit, so ist eine Unterkunft selbst der primitivsten Art, nicht zu finden. Immer wieder wohnen die Zureisenden ohne Aussicht auf Erfolg von Stadt zu Stadt und verbrauchen ihre Mittel, ohne den gewünschten Erfolg zu erzielen. Die Bahnhöfe bieten in steigendem Maße wahre Elendsbilder dieser planlos Zuwandernden. In den Städten des Industriegebietes besteht ein derartiger Wohnungsmangel, daß die Behörden nur den durch einen Arbeitsnachweis oder ein Landesarbeitsamt für eine bestimmte Firma Vermittel-

ten Arbeiter ein Unterkommen vorher bereitzustellen. Alle ohne solche Vermittlung Zureisenden müssen, selbst wenn sie Arbeit finden würden, abgewiesen werden. Es kann daher nicht dringend genug vor einem planlosen Zuzug gewarnt werden.

### U.S.P.-Eisenbahner

Heute findet in der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker Straße Nr. 96/97, abends 6 Uhr, eine Sitzung aller im Deutschen Eisenbahner-Verband organisierten U.S.P.-Genossen und Delegierten statt. Sympathisierende Delegierte können durch die Genossen eingeführt werden. Tagesordnung: Vortrag über die gegenwärtige Lage im Deutschen Eisenbahner-Verband. In Anbetracht der gegenwärtigen Situation ist es unbedingte Pflicht eines jeden pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Der Verbandsauschuß der U.S.P.-Eisenbahner.

**Gewerkschaftskommission Berlin.** Die Fortsetzung der Plenarversammlung findet am Montag, den 6. März, abends 6 Uhr, in den Residenzjulen, Landsberger Str. 31, statt.

**U.S.P.-Buchbinder!** Sonntag, den 5. März, vormittags 10 Uhr, bei Baum, Stallhreiberstraße 47, wichtige Besprechung. Vollständiges Erscheinen erwartet. Der Aktionsauschuß.

**Die U.S.P.-Genossen der Firma H. A. N. Schulze, Kehrstein** treffen sich zu einer wichtigen Besprechung am Sonnabend, den 4. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, bei Dobrolaw, Swinemünder Straße 10.

**Graphisches Gewerbe.** Sonnabend, den 4. März, abends 7 Uhr, findet bei Baum, Stallhreiberstraße 47, eine äußerst wichtige Sitzung des Aktionsauschusses und der Redaktionskommission statt. Unbedingtes Erscheinen ist notwendig.

### Parteiveranstaltungen

Freitag, 3. März

9. Bezirk (Wandow). 1. Abteilung. Abends 7 Uhr Abteilungs-Konferenz bei Kraft, Albrecht Str. 21. 2. Abteilung. Abends 7 Uhr Abteilungs-Konferenz bei Doms, Schiller Str. 9.

Westend. Bezirksführer Klafke abholen, 8-7 Uhr, Parteibureau.

Sonnabend, 4. März

9. Verwaltungsbezirk (Münsterdorf, Schwarzenhof, Grunewald). Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der Kommunisten-Kommission und Agitationskommission bei Kuffa, Lauenburger Straße.

U. S. P.-Lehrer. 8 Uhr Freiheit-Bibliothek. T. O.: Einmalige Einbildung, Groß-Berliner Schulfragen.

### Vereinskalender

Freitag, 3. März

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Adum., Wagnen- und Gontiermatten-Verband. Die für Freitag, den 3. März, abends 7 Uhr, angelegte gemeinsame Versammlung mit dem Verband der Sattler und Gerbereien findet nicht wie erst angekündigt, bei Becker, Weberstraße, sondern in der Köpenicker, Große Frankfurter Str. 117, statt. Tagesordnung: Berichtserstattung über die Verhandlungen in Frankfurt a. M.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Gruppe Kurgarten, Ecke usw. Abends 8 Uhr Gewerkschaftsversammlung in der Schulstraße 10 (Hinter der Garnierstraße).

Sonnabend, 4. März

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Gruppe der Geschäftstischler, Lagerarbeiter usw. Abends 7 Uhr Versammlung der Gruppe bei Pappe bei Hofe, Reichardtstr. 15. Tagesordnung: Bericht der Lohnkommission von den letzten beiden Lohnverhandlungen. — Mit. Verbandsrat (Eisenbahner- und Arbeiterbörse). Abends 8 Uhr Versammlung des Reichlichen Verbands der Straßenbahn-Gruppe Wagnenmacher, Köpenicker und Weidenhäger in der Schulstraße 10. Tagesordnung: Betriebsrätewahl. Vollständiges Erscheinen notwendig.

Überprüft einzelne Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn ein genügender Kontakt der Verlagsredaktion beigelegt ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Ausland.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Janke, Berlin; für den Anzeigenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kommer, Berlin — Verlagsredaktion „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin — Druck des Berliner Truders 6 m. b. H., Berlin G. 2. Breite Straße 80.

# Der Schokoladenfälscher ist entlarvt

Unsere im Interesse der Verbraucher ausgesetzte hohe Belohnung veranlaßte bald zuverlässige Meldungen. Wie zugesichert, ist genau nach dem Gutachten eines Berliner Notars verfahren worden.

# Die Belohnung von 100 000 Mark ist ausbezahlt

Hierbei haben wir uns von vornherein freiwillig der Kontrolle durch die Kakao-Wirtschaftsstelle unterworfen, die uns die ordnungsmäßige Auszahlung wie folgt bescheinigt hat:

„Auf Grund des uns vorgelegten Gutachtens Ihres Notars Justizrat Dr. J. L., Berlin, und der uns gleichzeitig übermittelten Duntungen der Empfänger bestätigen wir hierdurch, daß die Verteilung der ausgelobten M. 100 000.— korrekt nach dem Vorschlage Ihres Notars erfolgt ist.“

**Kakao-Wirtschaftsstelle, Fabrikationsauschuß**

ges.: Neugebauer.\*

Sämtliche gefälschten Schokoladentafeln sind beschlagnahmt und beseitigt, demzufolge

# nur echte Reichardt-Schokoladen im Verkehr

Damit werden alle Besorgnisse der Verbraucher hinfällig.

Ein obskurer Zellenstrecker bemühte sich, bei der Gelegenheit auch etwas zu verdienen, indem er in zwei Zeitungen, in denen wir nicht inseriert hatten, behauptete, der Name „Blaukreuz“ der einen Schokolade sei eine frivole Verächtlichmachung des in späteren Kriegsjahren verwendeten Blaugases und der Name „Schwertschlag“ der anderen verworfenster Militarismus. Wir wiesen demgegenüber nach, daß wir die Marke „Blaukreuz“ bereits 10 Jahre vor Beginn des Weltkrieges einführt, und zwar in Anlehnung an das Abzeichen der Enthaltensbewegung, das Blaue Kreuz, und daß die Bezeichnung „Schwertschlag“ durch eine Abbildung auf der Hülle jeder Tafel als ein Schlag gegen „das Fremde“ erläutert wird. Der Zwischenfall beweist aber, wie heute, frei nach dem bekannten Worte des Schwedenkönigs Ogensterna, gewisse Zeitungen redigiert werden.

# Kakao-Kompagnie Theodor Reichardt Hamburg-Wandsbek